

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 32 (1991)  
**Heft:** 7

**Rubrik:** Mitteilungen

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

A. Awerkin, Moskau

# CH, SU und Referendumsdemokratie

Der folgende Diskussionsbeitrag erschien in «Neue Zeit», Moskau, Nr. 9/1991. Er ist wohl «cum grano salis» zu verstehen.

Es gibt eine direkte Demokratie und eine, die durch Repräsentanten vertreten wird. Der repräsentativen Demokratie liegt eine demokratische Prozedur zugrunde, die den Prozess der Abstimmung und die Stimmenauszählung einschließt.

Deshalb sind in einer demokratischen Gesellschaft professionelle Politiker an der Macht, die das Recht haben, Probleme zur Abstimmung zu bringen. Diese Politiker sind ganz gewöhnliche Leute, die Karriere machen. Deshalb fühlen sie sich alle, mit Ausnahme einer Handvoll unverbesserlicher Idealisten, zu der Klasse hingezogen, die über die wirtschaftliche Macht verfügt. Die repräsentative Demokratie gibt den Bürgern im Endeffekt bloss ein Recht, alle paar Jahre ihre Vertreter für die Machtorgane zu wählen.

Die Keime der direkten Demokratie sehen wir z. B. in der Schweiz, wo ein Gesetzentwurf, ohne Zustimmung des Parlaments, zum Referendum gebracht wird. Solche Referenden stellen jedoch keine ernsthafte Konkurrenz zur repräsentativen Demokratie dar: Ihre Schwerfälligkeit kann selbst durch die stürmische Entwicklung der Kommunikationsmittel nicht ausgeglichen werden.

Ich möchte eine Staatsform ganz neuen Typs vorschlagen, der eine Prozedur der Machtbildung zugrunde liegt, die sich von der demokratischen unterscheidet. Diese Prozedur wird von einem Referendum begründet. Die Macht, die mit Hilfe eines Referendums gebildet wird, kann man als sowjetisch (rätebezogen) bezeichnen, zumal das Referendum den Rat des Volks darstellt.

Wie kann es zu so einem Referendum kommen? Jeder Bürger verfügt über eine bestimmte Anzahl spezieller Karten – das sind seine Stimmzettel. Die Anzahl der Zettel ist bei jedem gleich und so hoch, dass jeder an der ihn interessierenden gesellschaftlichen Bewegung teilhaben kann. Jeder, der unmittelbar an der Leitung des Staates mitwirken will, hat das Recht, spezielle Karten für diese Zettel herauszugeben

und zu verkaufen – nennen wir sie ideologische Aktien.

Derjenige, der Politiker werden möchte, bringt seine Aktien zum Verkauf. Die Leute, die die Ansichten dieses Politikers teilen, erwerben dessen Aktien (und können sie ihm jederzeit zurückgeben). So erwerben sich neue Politiker politisches Kapital. Die Führer mit dem grössten Kapital bilden einen Rat, dessen Funktionen analog denen eines Parlaments sind. Der «reichste» Politiker wird Vorsitzender des Rates. Der wichtigste Unterschied zum Parlament besteht darin, dass hier das Prinzip herrscht: eine Karte – eine Stimme. Auf diese Art und Weise haben die Ratsmitglieder bei der Abstimmung ein Gewicht, das ihrem politischen Kapital entspricht. Solch ein Referendum verwandelt das gesellschaftliche Leben des Landes in einen politischen Markt, wo Ideologie eine Ware ist.

Unser Land befindet sich in einer historischen Sackgasse. Der Weg des Sieges des Sozialismus ist die Schaffung einer Volksfront, die auf dem Referendumsprinzip basieren wird. Diese Volksfront können wir eine Partei ganz neuen Typs nennen. ■

## POLITWITZE

Was haben wir beim jüngsten Unionsreferendum beschlossen? Dass wir bei der UdSSR bleiben wollen, wenn diese dafür aufgelöst wird.

Die Belegschaft einer Kohlenzeche im Donbass macht beim Streik der Bergleute nicht mit. Sofort schickt das regionale Streikkomitee einen Vertreter hin: «He, Kumpels, ihr seid ja Streikbrecher. Warum benehmt ihr euch so?» «Weil wir das sowjetische Regime stürzen wollen.» «Aber dann müsst ihr doch eben streiken!» «Ganz im Gegenteil, dann müssen wir so weitermachen wie bisher.»

Die Lehrerin in Moskau: «Was weisst du über die Oktoberrevolution?» Wanja: «Nichts genaues, aber mein Vater und mein Onkel sind bei der Vorbereitung dabei.»

Der Papst ist angefragt worden, neuer sowjetischer Arbeitsminister zu werden. Er soll den Leuten beibringen, um Gottes Lohn zu arbeiten.

Unter Stalin gab es den Persönlichkeitskult. Unter Breschnew gab es den Kult, aber keine Persönlichkeit. Unter Gorbatschow gab es die Persönlichkeit, aber keinen Kult. Und jetzt gibt es 300 Millionen Kulte für 300 Millionen Persönlichkeiten.

«In einer Moskauer Schule hat die Lehrerin kürzlich nach der grössten und besten Persönlichkeit der Gegenwart gefragt. Da hat es ihr einstimmig entgegengeschallt: Gorbatschow, Gorbatschow!» «Tatsächlich einstimmig? Das ist doch eigentlich erstaunlich.» «Überhaupt nicht. Es war eine Schule für westliche Diplomatenkinder.»

Boris Jelzin am Rednerpult. «Wollt ihr in einer wahrhaft souveränen Republik leben?» «Jaa!» «Wollt ihr eine funktionierende Marktwirtschaft, die euch Wohlstand bringt?» «Jaa!» «Wollt ihr eine Föderation haben, in welcher man die Russen schätzt und respektiert?» «Jaa!» «Dann wisst ihr auch, wen ihr als Präsidenten wollt.» «Jaa: George Bush!»

«Russen gegen Georgier, Georgier gegen Osseten, alle gegen alle: Es wird bei uns immer schlimmer mit dem nationalen Hass. Woher kommt das nur?» «Das kann ich dir sagen: Wir haben zu viele Juden auswandern lassen.» ■

## UdSSR und Osteuropa

«Die Kinder verstehen zuerst nichts, und dann verstehen sie plötzlich zu viel.» Tatjana Iwanowa über die Sowjetbürger in der Perestrojka, «Neue Zeit», Moskau, Nr. 9/1991.

In der weissrussischen Stadt Sarny gibt man Bezugsscheine für Schuhe an jene Leute ab, die sich freiwillig als Blutspender melden. Gleich zu Beginn der Aktion liessen sich 300 Interessenten registrieren.

Seit Mitte März sind die Sowjettruppen in der Republik Moldau (Moldova) verstärkt worden. Sie sind in 13 Hauptorten konzentriert worden und verfügen über Panzerstreitkräfte. Das Präsidium der Republik hat dagegen protestiert.

Die KP Georgiens zählt 375 000 Mitglieder, von denen 120 000 nicht mehr aktiv sind. Die Haltung der Partei gilt dort heute als ambivalent. Einerseits tritt sie für die Unabhängigkeit Georgiens ein, und andererseits schützt sie die alten Stalinisten vor dem Verlust ihrer Posten. Auch geht die nationale Entwicklung nicht wie anderswo Hand in Hand mit einer demokratischen Entwicklung. So werden regierungskritische Zeitungen geschlossen, und die georgischen Intellektuellen hüllen sich diesbezüglich in das gleiche verlegene Schweigen, das sie auch bezüglich der Ossetenfrage bewahren («Moskowskije Nowosti», Moskau, Nr. 10/1919). Den Streit um die ossetische Minderheit sucht Georgien unter Umgehung der sowjetischen Zentralbehörden in bilateralen Verhandlungen mit der Russischen Föderation zu lösen, die in ihrem Grenzgebiet zu Georgien ebenfalls eine ossetische Volksgruppe hat.

Einige Perestrojka-Ideen, sagte Gorbatschow in seiner Minsker Rede vor dem Unionsreferendum, seien gar nicht in der Sowjetunion, sondern in ausländischen Zen-

tren geboren worden, und deren Nutzwert sei entsprechend nur für das Ausland gegeben. Diese Passage wurde von der Moskauer Tagespresse weggelassen und erst später von «Moskowskije Nowosti» (Nr. 10/1991) zitiert.

In den polnischen Grenzgebieten will man an Grund- und Mittelschulen ein Programm einführen, das Geschichte, Politik und Kultur der Nachbarn (Ukrainer, Weissrussen, Litauer) berücksichtigen soll. Gleichzeitig ist im Schulunterricht des ganzen Landes den Anliegen der entsprechenden Minderheiten, die in Polen leben, vermehrt Rechnung zu tragen. In den westlichen Grenzgebieten wiederum wird die praktische Zusammenarbeit mit den Deutschen vor allem auf dem Gebiet des Umweltschutzes gefördert.

Polen und Ungarn haben eine bilaterale Vereinbarung über militärische Zusammenarbeit beschlossen. Sie bezieht sich auf Offiziersausbildung, Waffeneinkäufe und Abrüstungspolitik. Um einen Pakt handle es sich nicht. Polen schliesst eine ähnliche Regelung mit der Sowjetunion nicht aus, wenn erst der anvisierte Kooperationsvertrag mit Moskau unterzeichnet sei.

Radio Free Europe (München) hat seine Sendungen für Polen, Ungarn und die Tschechoslowakei reduziert und sieht ihre völlige Einstellung vor. Die Sendungen für Bulgarien und Rumänien werden von der Voice of America übernommen. Über das Schicksal der Sendungen in den baltischen Sprachen hüllt man sich in Schweigen. ■



«Krokodil», Moskau

## Ein Patt und keine Pause

Fortsetzung von Seite 3

## Fast wieder der Gorbi

Gorbatschow selbst, der sich in den letzten Monaten immer mehr von den Apparatschiki alter Schule hatte vereinnahmen lassen, äusserte sich nach dem Referendum wieder eher seinem Reformerimage entsprechend und widersprach – wichtiger noch – seinem Ruf als einstweiligen Unionsbewahrer um jeden Preis.

In einem Interview mit dem «Spiegel» (25. 3. 1991) sprach Gorbatschow von jenen Republiken, die den Unionsvertrag nicht unterzeichnen wollten, und sagte: «Wir sollten die Position einnehmen, die wir seinerzeit Osteuropa gegenüber bezogen haben. (...) Mögen doch diese Länder selbst entscheiden, was sie brauchen und was für eine Gesellschaft sie haben wollen.»

Das war, so schien es, eine Bombe. Bloss hatte Gorbatschow den Zünder offenbar schon vorsorglich entfernt, denn einige Sätze zuvor hatte er zu den Austrittsmodalitäten gesagt, es gebe dafür «einen verfassungsmässigen Mechanismus: ein Gesetz und einen Zeitrahmen».

Das Gesetz nun, auf das sich Gorbatschow bezieht, ist das Sezessionsgesetz vom 3. 4. 1990. Und dieses bestimmt in seinem Artikel 20: «Erforderlich (für den Austritt einer Sowjetrepublik aus der UdSSR) ist ferner das Einverständnis aller übrigen Sowjetrepubliken, aller Autonomen Gebiete und aller nationalen Gruppen.» Laut dem Gesetz hat eine Sowjetrepublik somit überhaupt kein Austrittsrecht, sondern nur das Recht auf Austrittsantrag. Wenn nicht sämtliche Gliederungen der UdSSR zustimmen, kommt kein Austritt zustande. (Weil westliche Interviewer das Sezessionsgesetz und seinen Artikel 20 zuverlässig ignorieren, können Sowjetvertreter immer wieder unwidersprochen auf den «gesetzlichen Rahmen zum Austritt» hinweisen.)

Aber mittlerweile hat man in der Sowjetunion noch andere Sorgen. Preiserhöhungen, Streiks, Demonstrationen und Polizeierrasse überlappen die schwelende Krise mit akuten Brechern. Und falls die Überschwemmung allgemein werden sollte, wird auch niemand seine Schäfchen ins Trockene bringen. ■